

CDU



aktiv für Baden-Württemberg

CDU



Wir in Baden-Württemberg

Unser Land in guter Hand.

26. Landesparteitag Freiburg



Wahlplattform Landtagswahl 1988

2/207/16-2 ISd-Wahlp.
16./17.1.88

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
I. Gemeinsam in die Zukunft	5
II. Wir sichern die wirtschaftliche Zukunft des Landes	7
III. Partnerschaft von Stadt und Land	10
IV. Chancen für den ländlichen Raum	13
V. Umweltschutz - Vorsorge für Mensch und Natur	20
VI. Familie und Sozialpolitik	24
VII. Solidarität der Generationen	27
VIII. Kulturelle Vielfalt in einer humanen Gesellschaft	30
IX. Baden-Württemberg will den Erhalt des inneren und des äußeren Friedens in unserem Land	32
X. Unser Erfolg ist das Vertrauen der Bürger	37
XI. Aufruf	38

Seite

I. Gemeinsam in die Zukunft 2

II. Wie sichern die wirtschaftliche Zukunft des Landes 7

III. Partnerschaft von Stadt und Land 10

IV. Chancen für den ländlichen Raum 13

V. Umweltschutz - Vorsorge für Mensch und Natur 20

VI. Familie und Sozialpolitik 24

VII. Sicherheit der Ökonomie 27

VIII. Kernkraft - Gefahr in einer künftigen Gesellschaft 30

IX. Baden-Württemberg will den Erhalt des inneren und des äußeren Friedens in unserem Land 32

X. Unser Erfolg ist das Vertrauen der Bürger 37

XI. Zukunft 38

I. Gemeinsam in die Zukunft

In den vergangenen vier Landtagswahlen seit 1972 hat die CDU vom Bürger den Regierungsauftrag bekommen. Diese 16 Jahre waren eine gute Zeit für Baden-Württemberg. **Die CDU-Politik hat unser Land vorangebracht.** Sie kann auf eine stolze Bilanz in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, der Strukturpolitik, der Familienpolitik und in vielen anderen Bereichen verweisen.

Baden-Württemberg hat sich zu einer der wirtschaftsstärksten Regionen der Welt entwickelt.

Freilich: Der Blick für die wirtschaftlichen Erfolge darf uns nicht die Einsicht für Risiken und Probleme versperrern, die vor uns liegen, Risiken aus der Weltwirtschaft und aus dem Strukturwandel; Probleme, die nicht den Mangel, sondern den Wohlstand zur Ursache haben; neue soziale Fragen und neue Werte in einer materiellen reichen Gesellschaft.

Daher ruht sich die CDU Baden-Württemberg nicht auf ihren Erfolgen aus. Wir gehen die neue Fragen und die Probleme der Zukunft unseres Landes mit Tatkraft und Phantasie an.

Wir sind der Überzeugung, daß die hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit uns besondere Verantwortung auferlegt - uns als Partei, unserem Bundesland und unseren Mitbürgern. Es geht um mehr Gemeinsamkeit: Die Fähigkeit, an den anderen, an das Ganze und an die Zukunft zu denken und die Fähigkeit, solidarisch zu sein.

Die CDU ist und bleibt die große Volkspartei der Mitte. Sie repräsentiert die breite Mehrheit der Bürger dieses Landes. Die CDU verbindet Bürger unterschiedlicher gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Interessen durch gemeinsame Werte und Ziele. **Sie steht deshalb nicht für die egoistischen Interessen einzelner ein, sondern für den Ausgleich der Interessen der verschiedensten Gruppen im Sinne des Gemeinwohls.**

Die einigende Kraft der CDU beruht auf dem Menschenbild und der Wertordnung des christlichen Abendlandes. Es ist die Übereinstimmung in den Grundsätzen, welche die CDU zur Überwindung von Gegensätzen und zum gemeinsamen Handeln befähigt. **Auf dem Boden dieser Wertordnung, in deren Mittelpunkt Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität stehen, entwickelt die CDU ihre Politik für heute und morgen.** Mit dieser Wertorientierung und mit dieser Politik der Mitte unterscheiden wir uns von der an Einzelinteressen orientierten FDP, von der gleichmacherischen Politik der SPD und der Ideologie der Grünen. Dieser Politik der CDU gehört die Zukunft.

Die CDU Baden-Württemberg ist die Partei der Mehrheit in unserer Bevölkerung und sie will es bleiben. **Die CDU ist und bleibt die klassische Baden-Württemberg Partei.**

Wir wollen in der Wirtschaft gemeinsam füreinander eintreten, in dem wir

- anstehende Probleme im Zusammenwirken aller Verantwortlichen in der Wirtschaft, vor allem mit den Tarifpartnern lösen,
- Leistungsbereitschaft ermöglichen, fördern und belohnen,
- den wirtschaftlichen Fortschritt sozial und ökologisch verantwortlich gestalten,
- Ansprüche nur im Rahmen des Machbaren anmelden oder wecken,
- Solidarität zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen fördern,
- Partnerschaft zwischen Ballungszentren und ländlichem Raum, zwischen Großbetrieben und Mittelstand üben.

Wir wollen gemeinsam füreinander eintreten und uns den Folgeproblemen unseres Wohlstandes stellen, in dem wir

- Rücksicht nehmen auf die Umwelt, auch als Verbraucher,
- Rücksicht nehmen auf die Finanzierbarkeit des sozialen Netzes,
- die Einzelinteressen nicht rücksichtslos dem Allgemeinwohl vorziehen,
- soziale Verantwortung nicht nur auf öffentliche Einrichtungen delegieren, sondern sie gerade selbst üben,
- neue Chancen für diejenigen schaffen, die im raschen Strukturwandel zurückbleiben.

Wir wollen gemeinsam füreinander eintreten und unsere gesellschaftliche Kultur stärken, in dem wir

- das Bewußtsein für Recht und Unrecht in unserer Gesellschaft wachhalten und schärfen,
- nicht immer mehr eigene Ansprüche zu Lasten der Gemeinschaft durchsetzen,
- allen denjenigen Entfaltungsspielraum und Anerkennung geben, die sich für ihre Mitbürger einsetzen,
- unserer jungen Generation Bildung und Erziehung vermitteln, welche ihr ein erfolgreiches und sinnerfülltes Leben ermöglichen,
- Religion und Kultur, Geschichte und Heimat, Brauchtum und Vereinswesen fördern, daß sich die Bürger in unserem Lande wohlfühlen.

Dieses Leitbild verpflichtet uns an hohen Maßstäben, es verpflichtet auch unsere Bürger. Die CDU als große Volkspartei stellt sich den neuen Herausforderungen und den neuen Aufgaben. Nur sie gewährleistet, daß Lösungen zustande kommen, die den Wert des Ganzen zum Maßstab der Politik erhebt. Auch die künftigen Aufgaben müssen in der großen Tradition und im Geist dieser Politik bewältigt werden. Diese für unser Land erfolgreiche Linie steht am 20. März 1988 zur Wahl. Für diese Politik steht Lothar Späth. Er hat sie zum politischen Konzept der CDU des Landes gemacht. Er steht dafür, dieses bewährte Konzept gemeinsam mit den Bürgern unseres Landes weiterzuführen.

II. Wir sichern die wirtschaftliche Zukunft des Landes

1. Politik für die Arbeitnehmer

Die beste Arbeitnehmerpolitik ist eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung. Das ist in unserem Land erreicht worden. Auch deshalb ist die CDU in der Arbeitnehmerschaft des Landes stark verankert. Die Arbeitslosigkeit ist hierzulande weit unterdurchschnittlich, die Zunahme der Beschäftigung weit überdurchschnittlich (jeder 4. neue Arbeitsplatz seit 1982 ist in Baden-Württemberg entstanden) und die Lehrstellenversorgung ist auch in den schwierigen Jahren gelungen. Dies konnte aber nur erreicht werden, weil die Betriebe in allen Bereichen bereit waren, an der Ausbildungsoffensive teilzunehmen und entsprechende Lehrstellen zur Verfügung stellten. Auch das Land mit seinem mehrjährigen Förderprogramm "Chancen der jungen Generation" hat dazu beigetragen. Die berufliche Bildung ist in den Berufsschulen, den Betrieben und durch neue Maßnahmen vorangebracht worden, bis hin zu den Hochschulen - wir sind das hochschulreichste Land. **Überhaupt: Sichere Arbeitsplätze und ein hoher Beschäftigungsgrad sind für die Arbeitnehmer der beste Garant für soziale Sicherheit und persönliche Entfaltungsmöglichkeit in Beruf und Familie. Dieses zu erreichen war und bleibt oberstes Ziel der Politik der CDU für die Arbeitnehmer.** Baden-Württemberg hat seit Jahren bei der Schaffung und Sicherung neuer Arbeitsplätze und in der technologischen Entwicklung eine Spitzenposition in der Bundesrepublik. Trotzdem bleibt die gegenwärtige Arbeitslosigkeit für uns eine große Herausforderung.

Ein hoher Beschäftigungsgrad ist zudem Voraussetzung für die Finanzierbarkeit unserer vielfältigen sozialen Sicherungssysteme. Als Land mit einem hohen Exportanteil stehen wir in einem starken Wettbewerb mit allen Industrienationen der Welt. Nur eine moderne Industrie kann diesen Wettbewerb bestehen. Deshalb sagen wir "ja" zu der technologischen Entwicklung, weil darin die große Chance für die Zukunft liegt. Wir fühlen uns dabei dem Prinzip verantwortlich eingesetzter Technik verpflichtet. Dies bedeutet, daß wir die Ausnutzung nur solcher technischer und wissenschaftlicher Optionen zulassen werden, die auch ethisch und moralisch vertretbar sind. **Die Herausforderung der technologischen Entwicklung werden wir dann gewinnen, wenn wir entschlossen den sich ständig wandelnden Gegebenheiten Rechnung tragen. Wichtige Voraussetzung dafür sind auch eine gute Bildung und Ausbildung sowie eine ständige Weiterbildung.** Moderne Maschinen und Produktionsmethoden fordern auch in der Arbeitszeit ein Umdenken zu mehr Flexibilität. Bestehende rechtliche Hemmnisse sind zu ändern.

Die CDU Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, daß in den Betrieben in größerem Umfang als bisher flexible Arbeitszeiten vereinbart werden können. Das Verlangen nach besserer Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben stößt immer noch auf rechtliche und vor allem faktische Schranken.

Wir fordern die Verantwortlichen auf, die bestehenden Möglichkeiten zu nutzen und mehr Teilzeitarbeitsplätze zu schaffen, die möglichst vielen individuellen Wünschen der Arbeitnehmer gerecht werden. Die Flexibilisierung in der Arbeitswelt muß größer werden. Der arbeitsfreie Sonntag steht dabei für uns nicht zur Disposition.

Nur die Gemeinsamkeit aller Gruppen ermöglicht eine sichere Zukunft für uns. Arbeitnehmer wie Unternehmer sind an einem Ausbau der Weiterbildung interessiert. Beide Seiten wollen, daß es der Wirtschaft gut geht, beide wollen die Kosten der Sozialversicherung bezahlbar halten, beide wollen das technische Niveau unseres Landes halten und verbessern, beide möchten Wachstum, das ökologisch und sozial verantwortbar ist. Auch in den kommenden Jahren wird die Union genau an diesen gemeinsamen Interessen ansetzen, den sozialen Dialog fortführen und den sozialen Frieden im Land erhalten. Den Grundstein für diese Politik hat die CDU Baden-Württemberg Anfang der 70er Jahre gelegt, als SPD und FDP im Bund die Belastungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erproben wollten und staatliche Subventionen fast ausschließlich an Großunternehmen flossen.

Diese von der FDP 13 Jahre lang mitgetragene Politik war eindeutig mittelstands- und arbeitnehmerfeindlich und führte zum Verlust hunderttausender selbständiger Existenzen und Arbeitsplätze. Der heutige Anspruch der FDP, Anwalt der Wirtschaft sein zu wollen, läßt sich deshalb weder durch Taten noch durch Ergebnisse belegen und wird von der CDU Baden-Württemberg als Täuschungsmanöver, das auf Vergeßlichkeit und Unkenntnis abzielt, zurückgewiesen.

2. Von Wirtschaftspolitik verstehen wir mehr

Wirtschaftliches Wachstum und Export unseres Landes haben sich überdurchschnittlich entwickelt. Zwischen 1978 und 1985 z.B. ist die Wirtschaft des Landes im Schnitt jährlich um 2% gewachsen, die der übrigen Flächenländer um 1,5%. Der Export ist seit 1983 um ca. 30%, der der übrigen Bundesländer um ca. 20% gestiegen. Die Arbeitslosenquote beträgt bei uns stets nur etwa 60% der Arbeitslosenquote des Bundes. Die Beschäftigtenzahlen sind überdurchschnittlich gestiegen. Zu allem trug entscheidend eine vorausschauende Landespolitik bei. So durch ihre Mittelstandspolitik, durch die weit über die Grenze des Landes hinaus berühmt gewordene Forschungs- und Technologiepolitik, durch die Förderung der regionalen Entwicklung, durch die gute Versorgung mit Lehrstellen, durch vorbildliche Exportförderung und eine beispielhafte Fremdenverkehrsförderung.

Kein Wunder, daß Baden-Württemberg heute als Standort geschätzt ist, daß die baden-württembergische Politik bei Unternehmern und Managern im In- und Ausland einen guten Ruf hat, daß immer wieder andere Bundesländer das "Modell Baden-Württemberg" kopieren wollen. Dabei sind wir uns im klaren, daß Viele zum Erfolg in unserem Land beigetragen haben: vor allem natürlich die Bürger selbst und ihr Ideenreichtum. Dazu kommt: die Mischung aus Branchen, Standorten und Betriebsgrößen ist in unserem Lande besonders ausgewogen. Das

ermöglicht Krisenfestigkeit. Mittelstand und Handwerk bilden das Rückgrat der Wirtschaftsstruktur unseres Landes. Sie sind unverzichtbar für eine ausgewogene regionale Wirtschaftsstruktur und haben eine große Anpassungsfähigkeit an neue Entwicklungen. Die Kreativität unserer mittelständischen Industrieunternehmen, unserer Handwerksbetriebe und Dienstleistungsunternehmen, ihr Engagement und ihr großes Innovationspotential sind wichtige Quellen der wirtschaftlichen Dynamik Baden-Württembergs.

Die CDU wird auch künftig der Anwalt der kleinen und mittleren Betriebe des Handwerks, des Handels und auch der freien Berufe sein. Wir setzen uns dafür ein, daß alle Instrumente zur Bekämpfung der Schwarzarbeit voll ausgeschöpft werden. **Auch beim Problem der zunehmenden Konzentration im Einzelhandel setzen wir uns für eine Novellierung des Wettbewerbsrechts im Interesse des Einzelhandels ein.** Das Land und seine Gemeinden müssen ihre Handlungsmöglichkeiten konsequent nutzen, um eine gesunde mittelständische Struktur im Einzelhandel auch in Zukunft zu sichern.

Wir werden auch in Zukunft den wirtschaftlichen Fortschritt fördern. **Wirtschaftliches Wachstum ist hierbei nicht Selbstzweck, sondern Voraussetzung und Mittel, um auch die anderen Aufgaben, wie Förderung des Strukturwandels, Weiterentwicklung der mittelständischen Wirtschaft, Stärkung einer modernen Infrastruktur, weiterer Ausbau eines leistungsfähigen Bildungs-, Aus- und Weiterbildungssystems, Gestaltung einer leistungsfähigen Sozialpolitik und Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen zu bewältigen.** Neue Aufgaben werden auch neue Chancen bieten: So werden wir vor allem wirtschaftsnahe Dienstleistungen stärken. Wir wollen, daß Information und Kommunikation innerhalb der Wirtschaft, auch in Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen stärker ausgebaut werden, damit vorhandenes Wissen für die Wirtschaft nutzbar wird. Auch der Personal- und Erfahrungsaustausch zwischen Staat und Wirtschaft sollte gefördert werden. Unser Land hat ein modernes Gesicht und in ihm wurden in den vergangenen Jahren Dinge angepackt, die jetzt von anderen kopiert werden. **Wir werden auch künftig an der Spitze der Entwicklung bleiben.**

III. Partnerschaft von Stadt und Land

1. Finanzpolitik für solide Haushalte

Das Land Baden-Württemberg hat auch in der laufenden Legislaturperiode mit Erfolg den Weg der Haushaltskonsolidierung beschritten. **Der Südweststaat konnte seine führende Stellung im öffentlichen Finanzwesen ausbauen und festigen.** Die finanzpolitischen Eckdaten zeigen ein gesundes Bild. Im Jahr 1986 hatte Baden-Württemberg

- mit einer Nettokreditaufnahme von nur 850 Millionen Mark **die wenigsten Schulden unter allen Flächenländern,**
- mit 3.048 Mark nach Bayern **die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung** aller Länder
- und mit 1.201 Mark **den zweithöchsten Betrag je Einwohner,** den Land und Gemeinden für die Investitionen ausgaben.

Die finanzpolitischen Erfolge Baden-Württembergs erfahren von unabhängiger Seite Anerkennung. **So betont die Landeszentralbank in Baden-Württemberg in ihrem Jahresbericht für das Jahr 1986, daß das Land Baden-Württemberg beim Abbau seiner Haushaltsdefizite bislang deutlich mehr erreicht hat als andere Bundesländer.** Die Landeszentralbank hebt hervor, daß Baden-Württemberg sein Defizit von 3.144 Millionen Mark im Jahre 1980 **um 73 Prozent auf 850 Millionen Mark im Jahr 1986 abbauen konnte,** während sich Defizite bei den Länderhaushalten insgesamt nur um etwa ein Drittel verringert haben.

Der Doppelhaushalt 1987/88 baut auf den erreichten Konsolidierungserfolgen auf und setzt Schwerpunkte in Bereichen, die für die zukünftige Entwicklung Baden-Württembergs von entscheidender Bedeutung sind. Während andere Bundesländer nur noch eine defensive Haushaltspolitik betreiben können, hat sich Baden-Württemberg die **Kraft zur offensiven Gestaltung** bewahrt.

Der **wiedergewonnene finanzielle Spielraum** wurde insbesondere für den Umweltschutz, für die Stärkung des ländlichen Raumes und für Hilfen für die Landwirtschaft, für den weiteren Ausbau von Forschung und Lehre in zukunftsweisenden Bereichen und für Kulturinvestitionen genutzt. Durch ein Bündel von Programmen für die **Stadt- und Dorfentwicklung** wurde die Arbeits- und Wohnsituation in den Städten und Gemeinden nachhaltig verbessert. Diese Maßnahmen sind Ausweis für die **Gestaltungskraft baden-württembergischer Finanzpolitik.**

2. Wir fördern die Lebensqualität am Heimatort

In Baden-Württemberg ist es gelungen, unsere Städte und Gemeinden wieder wohnlicher und attraktiver zu gestalten. Die zahlreichen Programme zur **Sanierung der Städte, zur Erhaltung von Denkmalen** und zur **Verbesserung des Wohnumfeldes** einschließlich der Verkehrsberuhigung haben Wirkung entfaltet. Ebenso

hat das Dorfentwicklungsprogramm zu einer nachhaltigen Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse im ländlichen Raum geführt.

In Baden-Württemberg gibt es nunmehr allein bei der Stadtsanierung rund 1000 Sanierungsgebiete, die gefördert werden. Baden-Württemberg wendet für Zwecke der **Stadt- und Dorfentwicklung** zwischen 1985 und 1990 **3 Mrd. DM auf.** Damit ist Baden-Württemberg an der Spitze aller Bundesländer.

Für Maßnahmen der **Denkmalpflege** wurden seit 1984 insgesamt 207 Mio. DM bereitgestellt. Auch damit nimmt Baden-Württemberg eine Spitzenposition ein. Die CDU Baden-Württemberg fordert, daß auch in Zukunft die notwendigen Mittel für die Denkmalpflege, insbesondere auch aus Toto-Lotto-Mitteln, bereitgestellt werden.

Mit dem 1986 erstmals aufgelegten Strukturprogramm ländlicher Raum, das einmalig in der gesamten Bundesrepublik ist, hat die Landesregierung vor allem in den strukturschwachen ländlichen Räumen geeignete private und kommunale Investitionen gefördert. Durch dieses Programm werden über 12.000 Dauerarbeitsplätze im ländlichen Raum neu geschaffen werden. Über 70 % dieser Fördermittel kommen kleinen Gemeinden bis 6000 Einwohnern zugute.

Jede Mark, die der Staat im Rahmen all dieser Programme ausgibt, löst durchschnittlich den 8-fachen Betrag an privaten Investitionen aus. Diese Mittel kommen überwiegend der mittelständischen Wirtschaft zugute.

Die CDU Baden-Württemberg will, daß auch in der Zukunft die erfolgreichen Programme zur Stadt- und Dorfsanierung fortgesetzt werden. Ebenso muß das Strukturprogramm ländlicher Raum, das gerade für die mittelständische Wirtschaft im ländlichen Raum von großer Bedeutung ist, aufgestockt und fortgesetzt werden.

3. Gesunde Kommunalfinanzen

Auch die finanzielle Situation der baden-württembergischen Gemeinden hat sich in der vergangenen Legislaturperiode weiter verbessert und somit den Spielraum für die Kommunalpolitik erweitert. Ihre Steuereinnahmen haben stärker zugenommen als die Steuereinnahmen des Landes. **Die baden-württembergischen Gemeinden sind mit einer Steuerkraft von 1.168 Mark pro Kopf im Jahre 1986 die steuerstärksten Gemeinden im ganzen Bundesgebiet.** Zur guten Finanzlage der Gemeinden haben die Leistungen des Landes wesentlich beigetragen. Die Zuwendungen und Zuschüsse an die Gemeinden haben von 1981 bis 1986 um 21 % zugenommen. Die Spitzenposition Baden-Württembergs wird besonders deutlich, wenn man berücksichtigt, daß beispielsweise Nordrhein-Westfalen im gleichen Zeitraum seine Zuweisungen an die Gemeinden um rund 13 % zurücknehmen mußte.

Das Jahr 1986 kann in Baden-Württemberg sogar als das goldene Jahr der Kommunalfinanzen bezeichnet werden. Während die Städte und Gemeinden des Landes noch 1981 und 1982 jeweils über eine Milliarde Mark an neuen Schulden

aufnehmen mußten, konnten sie im vergangenen Jahr erstmals nach dem Kriege sogar Schulden tilgen, und zwar um 163 Millionen Mark. Die Kommunen der anderen Flächenstaaten mußten dagegen ihre Nettokreditaufnahme um insgesamt 2,1 Milliarden Mark erhöhen.

Unser Land wird überzeugend der Verpflichtung gerecht, für eine angemessene Finanzausstattung der Gemeinden zu sorgen. **Der kommunale Finanzausgleich Baden-Württembergs gilt als der beste unter allen Bundesländern.** Die Sorge des Landes um eine gute Finanzausstattung seiner Gemeinden zeigt sich nicht nur in der Höhe der gemeindlichen Anteile bei den Gemeinschaftssteuern (23 %) und bei der Kraftfahrzeugsteuer (35 %), sondern beispielsweise auch darin, daß das Land den Landkreisen das volle Aufkommen aus der Grunderwerbssteuer überläßt. Dies tut kein anderes Bundesland. Selbst nach der Grunderwerbssteuerreform 1983 hat das Land darauf verzichtet, das Mehraufkommen abzuschöpfen. Die Grunderwerbssteuer ist zwischen 1982 und 1986 um rund 67 %, das sind 232 Millionen DM, gestiegen.



IV. Chancen für den ländlichen Raum

An der positiven Gesamtentwicklung Baden-Württembergs ist der Ländliche Raum überdurchschnittlich beteiligt. Dennoch bedarf es weiterer Anstrengungen, um die gewachsenen Strukturen im ländlichen Raum zu erhalten, um den Menschen, die in ihrer Heimat leben und arbeiten wollen, günstige Zukunftsperspektiven zu bieten.

Hierbei muß die Existenzsicherung bäuerlicher Familienbetriebe vorrangig gewährleistet werden. Darüberhinaus ist es Ziel unserer Politik, die dezentrale Siedlungs- und Arbeitsplatzstruktur aufrecht zu erhalten und für die Zukunft zu sichern. Dies bedeutet konkret:

Menschen im ländlichen Raum müssen qualifizierte Arbeitsplätze und öffentliche Einrichtungen in einer zumutbaren Entfernung zu ihrem Wohnort finden. Dies setzt weiterführende Schulen, gute Berufsschulen, dezentrale Bildungseinrichtungen des Hochschulbereichs, zukunftssträchtige Ausbildungsplätze und die Teilnahme des ländlichen Raums an der wissenschaftlich-technischen Entwicklung voraus.

1. Solidarität mit der Landwirtschaft

Bäuerliche Familienbetriebe erfüllen am besten die Aufgaben einer am Interesse der Allgemeinheit und an der Zukunftssicherung der Landwirtschaft orientierten Politik. Hierzu gehört vor allem die Sicherung der Ernährung, der Schutz des Grundwassers und des Bodens, die Pflege einer vielfältigen Landschaft und die Erzeugung einwandfreier Nahrungsmittel.

Die in einer Zeit der Unterversorgung geschaffenen Marktordnungssysteme der EG funktionieren heute nicht mehr. **Überschußproduktion auf den Agrarmärkten ist die Folge einer Preispolitik die mit Preis- und Absatzgarantien die Marktentwicklungen vernachlässigte.** Auch die ökologischen Grenzen einer auf Intensität und Mengenausweisung ausgerichteten Agrarpolitik sind teilweise überschritten.

Die Weiterführung der bisherigen Agrarpolitik ist nicht mehr möglich, da sie die Einkommen nicht mehr sichert, und zu einer Verschwendung von Finanzmitteln führt. Wir treten dafür ein, daß neben dem Produktionseinkommen weitere Einkommen hinzu treten, die u.a. jene für die Gesellschaft erbrachten Leistungen honorieren, für die bislang kein angemessener Preis existiert.

Eine bäuerlich strukturierte Landwirtschaft läßt sich nur erhalten, wenn die Europäische Gemeinschaft ihre Agrarpolitik ändert und wenn Bund und Länder weitere Maßnahmen zugunsten bäuerlicher Familienbetriebe ergreifen. Deshalb brauchen die Mitgliedsstaaten im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik mehr Eigenständigkeit und Spielraum, um regionale Problemlagen mit konkreten Maß-

nahmen angehen zu können. Das Marktgleichgewicht kann nur durch EG-weite Schritte zur Produktionsbeschränkung oder durch die Einführung von nationalen Mengenzielen verwirklicht werden. Überschüsse, die über die Regionalquoten hinaus gehen, sollten in nationaler Verantwortung bewältigt werden. Durch die Verringerung der Überproduktion werden dadurch Mittel frei, die für die Landwirte direkt einkommenswirksam verwendet werden können.

Auf diesem langwierigen Weg sind im Zwischenstadium weitere Hilfen, wie sie von Bund und Land gewährt werden, angezeigt, so vor allem im landwirtschaftlichen Sozialbereich.

Erste Aufgabe einer zukunftsorientierten Agrarpolitik ist es, die **landwirtschaftlichen Einkommen zu stabilisieren und auf eine breitere Grundlage zu stellen**. Seit jeher hat unsere Landwirtschaft für die Gemeinschaft eine zweifache Aufgabe erfüllt:

- die sichere Versorgung der Bevölkerung mit guten Nahrungsmitteln und
- die Pflege der Kulturlandschaft.

Ihr Einkommen erzielten die Bauern aber bisher allein aus der Nahrungsmittelproduktion. Hier wird sich künftig eine grundlegende Änderung vollziehen müssen.

In absehbarer Zeit wird es nur wenig Spielraum geben, die landwirtschaftlichen Einkommen über die Erzeugung von Milch, Fleisch oder Getreide zu verbessern. Solange weltweit bei fast allen Erzeugnissen Überschüsse produziert werden, sind Preisanhebungen in nennenswertem Umfang illusorisch. Ökologische Belange verbieten eine weitere Intensivierung der Agrarproduktion.

Die Existenz der bäuerlichen Landwirtschaft kann nur gesichert werden, wenn in Zukunft auch die **ökologischen Leistungen der Bauern** gerecht abgegolten und so ein **zweites Einkommensstandbein** dauerhaft geschaffen wird. Dabei geht es nicht darum, staatlichen Subventionen an die Landwirtschaft ein modernes Mäntelchen umzuhängen und so ihre Akzeptanz in der Gesamtbevölkerung zu erhöhen. **Vielmehr soll für die Landwirtschaft ein wirtschaftlicher Anreiz gegeben werden, Boden, Grundwasser, Landschaft sowie die freilebende Tier- und Pflanzenwelt zu schonen und zu pflegen.**

Bisher war es ökonomisch vernünftig, die Produktion um jeden Preis, auch auf Kosten der Umwelt, zu intensivieren. Künftig muß es für die **Landwirte wirtschaftlich interessant sein, umweltschonend zu produzieren, sich noch stärker für die Pflege von Natur und Landschaft einzusetzen.**

Erste Schritte auf diesem Wege sind getan:

- Die Landwirtschaft ist wichtiger Bestandteil der Dörfer und des ländlichen Raums. Die gesellschafts- und landschaftspolitischen Leistungen der Landwirte

können auf Dauer nicht unentgeltlich erbracht werden: **Die Arbeit der Landwirte in Landschaftspflege, Natur- und Umweltschutz muß honoriert werden,**

- **die CDU setzt sich für vergleichbare Ausgleichsleistungen auch bei Bewirtschaftungsbeschränkungen in Naturschutzgebieten und auf anderen ökologisch wertvollen Flächen ein,**
- Landschaftspflegeprogramme und Biotopschutzprogramme werden in Baden-Württemberg Zug um Zug ausgebaut,
- auf Bundesebene ist ein Extensivierungsprogramm in Vorbereitung.

Diese Politik der Förderung einer ökologisch verantwortlichen Landbewirtschaftung muß konsequent weiterentwickelt werden. Unsere Landwirte werden so in die Lage versetzt, wieder mehr ihrer ursprünglichen Berufung als **Garant einer intakten Umwelt** zu folgen, als dies unter der alten Agrarpolitik mit ihrer ständigen Produktionssteigerung möglich war.

In der Gesamtkonzeption fordern wir, daß

- die Finanzierungsmittel der EG für den Agrarbereich wieder bei den bäuerlichen Betrieben einkommenswirksam werden.
Erste und wichtigste Aufgabe muß deshalb der **Abbau der Lagerbestände** und die **Verhinderung neuer Überschüsse** sein. Erst dadurch wird Spielraum für bessere Agrarpreise geschaffen. Die Maßnahmen zum Überschußabbau müssen EG-einheitlich so durchgeführt werden, daß durch eine reduzierte Produktion auf allen Standorten unter Wahrung von gewachsenen Marktanteilen die **Erhaltung und Vielfalt der Kulturlandschaft** gesichert wird. Ebenso muß sichergestellt werden, daß die Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft **am Abbau der Überschüsse mitwirken** und Erfolge nicht dadurch verhindert werden, daß Importe von Futtermitteln nicht reduziert werden und die Einfuhr von Agrarprodukten steigt,
- durch die Festlegung einzelstaatlicher Produktionsziele ist der Handlungsspielraum der einzelnen Länder bei der Wahl marktentlastender Instrumente zu erweitern. Die **Verantwortung der marktpolitischen Ziele** muß hierfür bei den Mitgliedsstaaten liegen,
- **die deutsche Landwirtschaft muß vor weiteren währungsbedingten Nachteilen verschont bleiben.** So lange Währungsanpassungen unvermeidbar sind, müssen diese Nachteile für die deutsche Landwirtschaft ausgeglichen werden,
- **die Disparität zwischen landwirtschaftlichem und außerlandwirtschaftlichem Einkommen muß durch regionale und nationale Maßnahmen ausgeglichen werden.** Hierzu sollen vordringlich freiwerdende Marktordnungsmittel eingesetzt werden.

- Standortbedingte Nachteile sind nicht nur in den abgegrenzten benachteiligten Gebieten auszugleichen, sondern auch ausserhalb dieser Gebiete wenn vergleichbare einzelbetriebliche Produktionsverhältnisse vorliegen. Mit dem **Bergbauernprogramm**, der **Ausgleichszulage in den von der Natur benachteiligten Gebieten** und dem **Ausgleich für Bewirtschaftungsbeschränkungen in Wasserschutzgebieten** sind wichtige Schritte eingeleitet. Auf diesem Wege zu umweltschonender Produktion und der Honorierung außerlandwirtschaftlicher Leistungen sind weitere Maßnahmen angebracht.
- Wir fordern deshalb die finanzielle Förderung aller Maßnahmen, die zu einer **Extensivierung der Nutzung landwirtschaftlicher Flächen** beitragen können. Produktionseinschränkende Maßnahmen dürfen jedoch nicht dadurch unterlaufen werden, daß die Herstellung und der Handel von Imitationsprodukten zugelassen werden.
- Wir streben die Einführung von **EG-weiten Bestandsobergrenzen** in der Tierhaltung an. Dabei halten wir eine Verschärfung der Flächenbindung der Tierhaltung generell für notwendig.
- **Wir sind gegen die Mitverantwortungsabgabe als Instrument der Agrarpolitik.** Bis zu ihrer Abschaffung muß für einen einheitlichen Vollzug der Mitverantwortungsabgabe gesorgt werden.
- Wir setzen uns für ein **Verbot produktionssteigernder Mittel** ein. Generell müssen Tierhaltungsformen angestrebt werden, die zu einer weiteren Minderung des Einsatzes derartiger Mittel führen.
- Die Verwirklichung des gemeinsamen Binnenmarktes darf nur durch Maßnahmen erfolgen, die eine hohes Niveau an Verbraucherschutz insbesondere hinsichtlich der gesundheitlichen Unbedenklichkeit und der Qualität der Erzeugnisse gewährleisten. Das **Lebensmittelrecht ist auf dem höchsten Standard der EG zu vereinheitlichen.**
- Zum Schutz der Böden des Waldes sind weitere Maßnahmen zur **Reinhaltung der Luft** voranzubringen.
- Die CDU setzt sich für eine schnelle Umsetzung der von der EG-Kommission vorgeschlagenen **Vorruhestandsregelung** ein. Darüberhinaus wird eine noch weitergehende **Entlastung einkommensschwacher Familienbetriebe von den Kosten für die Sozialversicherung** (Altershilfe, Unfall, Krankenkasse) gefordert.
- Außerdem ist die **soziale Sicherung der Bäuerinnen** weiter zu verbessern und auszubauen. Es soll geprüft werden, inwieweit die partnerschaftliche Mitarbeit der Bäuerinnen in den landwirtschaftlichen Betrieben durch die **Anerkennung eigener Ansprüche in der Altershilfe** für Landwirte berücksichtigt werden kann. Durch eine solche Verbesserung würde auch das soziale Engagement der bäu-

- erlichen Familie, insbesondere bei der Alten- und Krankenpflege angemessen berücksichtigt werden können.
- Wir fordern eine **Novelle des agrarsozialen Beitragsentlastungsgesetzes** mit dem Ziel, die Bemessungsgrundlagen vom Wirtschaftswert des Betriebes auf die Summe der positiven Einkünfte umzustellen.
- Wir fordern eine **Verbesserung der staatlichen Beratung**, um Betriebe bei der Umstellung von Voll- auf Nebenerwerb stärker zu unterstützen. Dazu bedarf es zur Erleichterung eines maßvollen und sozial abgesicherten Strukturwandels in der Landwirtschaft erhöhter Anstrengungen in der **Strukturpolitik für den ländlichen Raum**. Ziel ist hierbei der Erhalt und die **Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in Handel, Handwerk und Gewerbe**. Die von der Landesregierung durchgeführte umfassende und konsequente Politik gilt es auf allen Ebenen zu unterstützen.

2. Neue Chancen für den ländlichen Raum

Politik für den ländlichen Raum kann nur dann erfolgreich betrieben werden, wenn die jeweiligen Eigenarten der Regionen und die Vielfalt ihrer wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Strukturen berücksichtigt und gefördert werden. Es wäre falsch, dem ländlichen Raum einseitige Funktionen - etwa als bloße Erholungslandschaft für Städter oder als landwirtschaftlich genutzte Fläche - zuweisen zu wollen. **Ebenso wie eine lebensfähige Landwirtschaft und eine gesunde Umwelt brauchen wir im ländlichen Raum eine leistungsfähige Wirtschaft, einen lebensfähigen Einzelhandel, qualifizierte Bildungseinrichtungen und ein attraktives Kultur- und Freizeitangebot sowie ein intaktes soziales Netz.**

Maßnahmen in den verschiedenen Bereichen müssen dabei Hand in Hand gehen. Schwerpunkte hierbei sehen wir in der **Erweiterung der Bildungsinfrastruktur**, dem **Ausbau des Technologietransfers**, der **gleichwertigen Versorgung mit Kommunikations- und Informationstechniken**, der **Weiterführung der Mittelstandspolitik**, der **Förderung des Fremdenverkehrs**, der **Gestaltung der Kunst- und Kulturpolitik**, der **Politik zur Weiterentwicklung der bäuerlichen Familienbetriebe**, der **Sicherung einer ausreichenden sozialen Infrastruktur** und dem **Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen**.

Die CDU begrüßt, daß die Landesregierung mit ihren Leitlinien und dem Entwicklungskonzept **"Ländlicher Raum mit Zukunft"** eine umfassende Perspektive für die weitere Verbesserung der Attraktivität des ländlichen Raumes aufgezeigt und ein breites Maßnahmenbündel zusätzlich initiiert hat.

Der ländliche Raum bietet sich als **Gewerbestandort** mit besonderen Kostenvorteilen für viele kleine und mittlere Betriebe und für neu zu gründende Unternehmen besonders an. Voraussetzung hierfür ist allerdings ein ausreichendes Angebot erschlossener Gewerbegebiete, eine leistungsfähige technische Infrastruktur sowie eine gute Verkehrsanbindung an die Verdichtungsräume. Weitere Voraussetzung

ist darüberhinaus, das Vorhandensein einer **hochwertigen Bildungs- und Kommunikationsinfrastruktur**, die auch jungen Menschen Gelegenheit zur Entfaltung im privaten und beruflichen Bereich bietet. Die **Aufrechterhaltung des Systems möglichst wohnortnaher Schulen** ist hierbei wichtigstes Ziel. Ebenso gilt es das weiterführende Bildungsangebot im ländlichen Raum durch den Ausbau des tertiären Bildungssektors unter regionalen Kriterien, die gezielt auf die Belange des ländlichen Raumes zugeschnitten sind, auszubauen. Ein besonderes Anliegen ist es, daß die verschiedenen Bildungseinrichtungen des öffentlichen und des privaten Bereichs verstärkt miteinander kooperieren und sich im Sinne eines differenzierten Ausbildungsspektrums ergänzen. **Diese Einrichtungen müssen auch den Landwirten Möglichkeiten bieten, die ihnen jederzeit eine qualifizierte berufliche Neuorientierung eröffnen.**

Die Ausbreitung des Technologietransfers in die Fläche muß weiter vorangetrieben werden. Beratungs- und Transferzentren sind weiter zu stärken und das Netz ortsnaher Ansprechstellen muß weiter ergänzt werden. Sowohl die Verkehrsinfrastruktur als auch die Kommunikationsinfrastruktur sind so zu gestalten, daß sie **keine wettbewerbsverzerrenden Nachteile** für den ländlichen Raum mehr darstellen.

Neben der Technologiepolitik kommen als zusätzliche Maßnahmen die **Intensivierung des Landesinfrastrukturprogramms**, die verstärkte **Förderung von Existenzgründungen**, sowie die **Förderung des Fremdenverkehrs** in Betracht.

Die **Beratung der mittelständischen Unternehmen** stellt eine bewährte Maßnahme zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit dar. Sie soll in Abstimmung mit den Organisationen der Wirtschaft weiter ausgebaut werden. Hochschulen, Fachhochschulen, Berufsakademien, Steinbeis-Stiftung haben eine Schlüsselstellung für die Verbreitung moderner Technologien. Diese Rolle soll im bestehenden Netz zusammen mit ergänzenden Technologieparks, Gründerzentren, Industrie- und Gewerbeparks gestärkt werden.

Neben der Wirtschaft muß auch die öffentliche Hand verstärkt Arbeitsplätze im ländlichen Raum anbieten. Dabei sollen auch vermehrt Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden. Darüberhinaus streben wir die Unterstützung von Dienstleistungsunternehmen an, die überwiegend ihre Kommunikation mit dem Kunden über neue Telekommunikationsdienste abwickeln können.

Das umfassende Bildungsangebot ist eine wichtige Voraussetzung für die eigenständige Entwicklung des ländlichen Raums. Der technische Fortschritt in der Wirtschaft verlangt von den Beschäftigten eine immer höhere Qualifikation. Das setzt **leistungsfähige Aus- und Weiterbildungseinrichtungen sowie Umschulungsmöglichkeiten** voraus. Wir setzen uns deshalb trotz zurückgehender Schülerzahlen für den Erhalt und situationsgerechten Ausbau des flächendeckenden wohnortnahen Angebots an Schulen aller Schularten ein. Und unterstützen die Maßnahmen zur Ausbildung, Weiterbildung und Beratung der Landwirte, zur Intensivierung der landwirtschaftlichen Ausbildung und Qualifizierung.

Ein wesentliches Element der **Chancengleichheit für den ländlichen Raum** besteht in der Verbesserung der Informationsstruktur und des Technologietransfers. Hierzu gehören der **Ausbau der Informations- und Kommunikationsdienste**, die **Verbesserung der Dienstleistungen der Post** und die **Stärkung des Technologietransfers, einschließlich traditioneller Infrastrukturelemente.**

Ein weiterer entscheidender Schlüssel für die Attraktivität des ländlichen Raums ist die Gestaltung der Wohn- und Arbeitsstätten.

Wir sehen in der Fortsetzung der Dorfentwicklung ein wesentliches Element dieser Politik. **Die ganzheitliche Dorfentwicklung erfasst das Dorf als Wohn-, Arbeits-, Sozial- und Kulturraum.** Sie zielt auf den sparsamen und schonenden Umgang mit Grund und Boden und ist vorrangig auf die Entwicklung im Ortsinnern statt der Inanspruchnahme freier Landschaft orientiert. Zusätzliche Möglichkeiten zur Stärkung ergeben sich aus einer **Verknüpfung der Dorfentwicklung mit der Strukturpolitik.**

Die Pflege des kulturellen und sozialen Klimas ist eine herausragende Voraussetzung für ein lebenswertes Wohn- und Arbeitsumfeld. **Der ländliche Raum hat in Jahrhunderten gewachsene kulturelle Tradition und eine Vielzahl von stabilen Lebensformen bewahrt.** Diese Faktoren erleichtern die Identifikation mit unserer Heimat und unterstützen die soziale Integration. **Wichtige Träger von Kultur und Tradition sind die Vereine.** Sie kommen allen gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Bevölkerung entgegen und stärken das örtliche Zusammengehörigkeitsgefühl. **Die Jugendarbeit der Vereine, Kirchen und Jugendorganisationen hilft den jungen Menschen beim Hineinwachsen in die Erwachsenenwelt.** Sie gibt lokale Kultur und Tradition weiter, lehrt die Übernahme von Verantwortung und vermittelt gesellschaftlich notwendige Werthaltungen wie Solidarität und Partnerschaft. Deshalb begrüßen wir die Grundsätze für eine dezentrale flächendeckende Förderung in der Bildungs-, Kunst- und Kulturpolitik und die Initiativen der Landesregierung zur **Stärkung der Vereine.**

V. Umweltschutz - Vorsorge für Mensch und Natur

1. Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen ist ständige Herausforderung

Die baden-württembergische CDU weiß, daß unsere natürlichen Lebensgrundlagen nur durch eine umfassende Umweltpolitik erhalten und auf Dauer gesichert werden können. Umweltpolitik ist deshalb Daseinsvorsorge und betrifft jeden einzelnen. In Verantwortung für nachkommende Generationen müssen wir bereits entstandene Schäden beseitigen, drohende Gefahren abwenden und in freiwilliger Begrenzung schonend mit Natur und Umwelt umgehen.

Umweltpolitik verstehen wir auch als Ermöglichung weiteren Fortschritts. Maßstab unseres Handelns ist dabei das Miteinander von Mensch und Natur.

2. Die ökologische Konzeption der CDU

Umfassende Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen erfordert gleichermaßen den Schutz des Bodens, des Wassers und die Reinhaltung der Luft. Umweltpolitik muß den neuen Herausforderungen Rechnung tragen und deshalb müssen ihre Instrumentarien laufend verbessert werden. Die CDU Baden-Württemberg hat auf ihrem 25. Landesparteitag im Oktober 1985 eine zukunftsorientierte Konzeption beraten und verabschiedet. Auf dieser "Grünen Charta" aufbauend hat die Landesregierung ein ökologisches Gesamtprogramm entwickelt. Dieses umfaßt beispielhaft Umweltforschung, Umweltanalyse und Umweltmaßnahmen für alle wichtigen Naturgüter, wie

- die **vielfältigen Forschungsvorhaben**, wie sie im Mittelfristigen Forschungsplan Ökologie und im Dritten Untersuchungs- und Forschungsprogramm zusammengefaßt sind,
- das im Aufbau befindliche **Umweltinformationssystem**, mit dem relevante Umweltdaten durch Nutzung moderner Computer- und Kommunikationstechnik rasch den politischen Entscheidungsträgern in Land und in den Kommunen sowie den zuständigen Behörden zugänglich gemacht werden,
- die geplanten oder bereits verwirklichten **Meßnetze zur ständigen Kontrolle der Luft, der Oberflächengewässer, des Grundwassers und des Bodens**, mit denen Emissionen, Belastungen und Wirkungen von Schadstoffen frühzeitig erkannt werden können,
- das **Bodenschutzprogramm**, das sich insbesondere den Schutz des Bodens vor Schwermetallen und anderer schwer abbaubarer Schadstoffen zum Ziel

gesetzt hat und darüber hinaus positive Auswirkungen für das Grundwasser erwarten läßt,

- die Aktivitäten zur **Förderung einer umweltschonenden Land- und Forstwirtschaft**, zur **Eindämmung des Landschaftsverbrauchs** und zur Prüfung der Umweltverträglichkeit von Straßenbauvorhaben und von anderen umweltrelevanten Bauvorhaben,
- das **Gesamtprogramm zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen**, das Nutzungsbeschränkungen in Wasserschutzgebieten und Anreize für grundwasserschonende, rohstoffschonende und abfallarme Produktionsverfahren vorsieht,
- das Gesamtkonzept zur Verbesserung der Grundwasserüberwachung, welches den vorbeugenden Grundwasserschutz, die Festsetzung von Wasserschutzgebieten, die Verbesserung des Umgangs mit wassergefährdenden Stoffen in der gewerblichen Wirtschaft, wie auch in den privaten Lebensbereichen und die umfassende Erforschung der Grundwasserbeschaffenheit als wesentliche Grundlagen einer sicheren Wasserversorgung zum Gegenstand hat,
- die systematische Planung, den gezielten weiteren **Ausbau und die konsequente Förderung der Abwasserbeseitigung und Verbesserung der Reinigungstechnik**,
- die **Landschaftspflege- und Schutzgebietsprogramme**, das **Biotop- und Artenschutzprogramm**, mit denen intakte Lebensräume für Tiere und Pflanzen bewahrt und neu geschaffen werden,
- die Initiativen zum **Ausbau der Abfallwirtschaft** und zur Erfassung, Bewertung und erforderlichenfalls Sanierung von Altablagerungen, Altstandorten (Altlastenkonzeption), wobei wir erreichen wollen, daß die Produktion umweltbedenklicher Stoffe mit der Entsorgung entsprechend verzahnt, und die Prüfung und Bewertung potentiell vorhandener gefährlicher Altstoffe eingeleitet wird,
- die zahlreichen, zusammen mit der Wirtschaft und der Wissenschaft entwickelten **Maßnahmen zur Luftreinhaltung**, mit denen Baden-Württemberg Schrittmacherdienste geleistet hat und die zu einer **weit überdurchschnittlichen Minderung der Schwefeldioxid- und Stickoxidemissionen** aus den Kraftwerken unseres Landes geführt haben und weiterführen werden.

3. Die konsequente Umweltpolitik der CDU Baden-Württemberg kann deutliche Erfolge vorweisen

So hat sich die Inanspruchnahme der Landschaft für Siedlungszwecke innerhalb von zehn Jahren um mehr als die Hälfte verringert. In keinem anderen Bundesland wurde eine ähnliche Einsparung erreicht.

Die Reaktivierung von alten Industriegebieten und die innerörtlichen Sanierungen in den Städten und Dörfern wurden parallel dazu konsequent fortgesetzt. Die **Gewässergüte** in den Flüssen und Bächen unseres Landes hat sich in den vergangenen Jahren stetig verbessert. Ungefähr 25 Prozent unserer Heimat sind als **Natur- und Landschaftsschutzgebiete** oder **Naturparks** ausgewiesen. **Sämtliche neuen Kohleblöcke der baden-württembergischen Kraftwerke sind mit Entschwefelungsanlagen nach dem neuesten technischen Stand ausgerüstet.** Die CDU setzt sich dafür ein, daß auch die Emissionen von Kleinfeuerungsanlagen (z.B. Hausbrand) weiter reduziert werden, wie auch die Überwachung der bestehenden Gesetze weiter ausgebaut werden muß (Abbau der Vollzugsdefizite).

Die von der CDU-Landesregierung maßgeblich mit auf den Weg gebrachte **steuerliche Förderung schadstoffarmer Kraftfahrzeuge** hat dazu geführt, daß - lange vor den von der EG festgesetzten Stichtagen - 80 % aller Pkw-Neuzulassungen schadstoffreduziert sind. Ebenso haben die baden-württembergischen Bundesratsinitiativen zur mineralölsteuerlichen Vergünstigung bleifreien Benzins dem umweltfreundlichen Treibstoff binnen kurzer Zeit bundesweit zum Durchbruch verholfen. Ein deutlicher Preisunterschied zwischen verbleitem und bleifreiem Benzin muß auch weiterhin erhalten bleiben, ebenso wie der steuerliche Anreiz zum Erwerb schadstofffreier Autos. **Wir wollen unseren Einsatz zur Verringerung der Verkehrsemissionen fortsetzen und werden einen Schwerpunkt der künftigen Arbeit in der Verringerung des Schadstoffausstoßes bei diesen Fahrzeugen, insbesondere durch Einbau von Rußfiltern, sehen.**

Umweltschutz ist bleibende Aufgabe und Herausforderung. Durch die Schaffung eines Umweltministeriums wurde der besonderen Bedeutung von Umweltschutz und Umweltvorsorge und der Verbesserung des Verwaltungshandelns auch organisatorisch Rechnung getragen.

Die CDU Baden-Württemberg hat in ihrer Grünen Charta differenzierte Vorstellungen zur Energiepolitik entwickelt, die es nun umzusetzen gilt. **Wir wissen, daß ein sofortiger oder kurzfristiger Ausstieg aus der Kernenergie ohne andere Risiken und Gefahren nicht möglich ist.** So sind derzeit keine anderen neuen oder konventionellen Energieträger in Sicht, die kurzfristig einsetzbar wären, das ökologische Risiko der Energieerzeugung verringern und die ausreichende Energieversorgung sicherstellen könnten. Wenn aber ein kurzfristiger Ausstieg aus der Kernenergie nicht möglich ist, heißt das nicht, daß wir auf immer die Risiken der Kernenergie tragen müssen. **Wir wollen nicht bei der Energieerzeugung durch Kernspaltung stehenbleiben, sondern wir unterstützen mit aller Kraft die Forschung nach neuen Energiequellen.** In Baden-Württemberg ist der Strombedarf bis zum Jahr 2000 ohne den Bau weiterer Kernkraftwerke gesichert. Wir wollen die kommenden Jahre nutzen, um durch verstärkte Forschung und Entwicklung zu erreichen, daß zu einem **frühestmöglichen Zeitpunkt** die bestehende Energiesicherung durch Kohle und Kernkraft von **risikoärmeren und umweltfreundlicheren Energiearten** abgelöst wird.

Baden-Württemberg nimmt bisher schon eine Spitzenstellung bei der Erforschung der Sonnenenergie und Wasserstofftechnologie ein. Diesen Forschungsschwerpunkt werden wir durch die Errichtung eines Forschungszentrums für Solarenergie- und Wasserstoffforschung weiter ausbauen. Außerdem werden wir ein besonderes Augenmerk auf Maßnahmen zum Energiesparen und rationellen Energieerzeugung- und verwendung richten. Dies ist besonders in einer Zeit relativ niedriger Energiepreise notwendig.

4. Konsequente Umweltvorsorge zur Sicherung der Zukunft

Zur Sicherung unserer Zukunft wird die CDU Baden-Württemberg den erfolgreichen Weg einer umfassenden Umweltvorsorgepolitik konsequent weitergehen.

Wir werden die Umweltforschung weiter ausbauen und im Rahmen der Technologieberatung auf umweltfreundliche Verfahren besonderes Gewicht legen. Wir unterstützen die Landesregierung in ihrem Vorhaben, durch einen "Umwelt-TÜV" die Sicherheit von Industrieanlagen zu erhöhen und vorhandene Gefährdungspotentiale entscheidend zu vermindern oder auszuschalten.

Im Zusammenwirken zwischen Land, Kommunen und der Industrie müssen die stufenweise Erkundung, Sanierung und Langzeitüberwachung von Abfalldeponien und Altstandorten konsequent fortgesetzt werden. Wir fordern die im Landtag vertretenen Parteien auf, bei der Suche nach geeigneten Standorten für eine neue Sonderabfalldeponie konstruktiv mitzuwirken und damit ihr umweltpolitisches Verantwortungsbewußtsein unter Beweis zu stellen.

Wir messen der Umwelterziehung in der Schule einen herausragenden Platz bei. Die Schüler sollten über die Verflechtung ökologischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Zusammenhänge objektiv informiert und ihnen Anleitungen zu umweltbewußtem Handeln gegeben werden. Die Schule soll das Engagement von Schülern, Lehrern und Eltern im praktischen Umweltschutz verstärkt anregen und fördern.

Wir fordern alle Bürger auf, durch ein umweltbewußtes und umweltschonendes Verhalten persönlich zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen beizutragen. Wir setzen uns ein für weitere Fortschritte auf dem Wege zu einer dringend erforderlichen gemeinsamen internationalen Umweltpolitik, insbesondere auf EG-Ebene.

Die CDU Baden-Württemberg begreift Umweltpolitik als Teil der ethisch begründeten Verantwortung, die Schöpfung zu bewahren. Wir fühlen uns dem Prinzip verantwortlich eingesetzter Technik verpflichtet.

VI. Familie und Sozialpolitik

1. Familie im Mittelpunkt

Die Familie ist als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft das Fundament unserer Gesellschaft und unseres Staates. Weder der Staat noch andere gesellschaftliche Lebensformen können sie ersetzen.

Für die CDU steht die Familienpolitik im Mittelpunkt der Gesellschaftspolitik.

Wir wollen das Bewußtsein für die Bedeutung der Familie stärken und sie wieder in den Mittelpunkt unserer Gesellschaft stellen, Gefährdungen und Benachteiligungen entgegentreten und der Familie die Unterstützung geben, die sie zur Erfüllung ihrer unverzichtbaren Aufgaben auch in Zukunft benötigt. Mit unseren familienpolitischen Leistungen wie dem Landeserziehungsgeld, das im Anschluß an das Bundeserziehungsgeld bezahlt wird, dem Programm "Mutter und Kind" und der Landesstiftung "Familie in Not" haben wir eine familienpolitische Offensive gestartet, die ihresgleichen in der Bundesrepublik Deutschland sucht.

Auch in Zukunft wird eine weitere finanzielle Stärkung der Familie, eine bessere gesellschaftliche Anerkennung und Aufwertung sowie eine verstärkte Förderung familien- und kindergerechter Lebensverhältnisse erforderlich sein. Neben einer Verbesserung des Familienlastenausgleichs wird die Unterstützung alleinerziehender Eltern und ihrer Kinder ein weiterer Schwerpunkt unserer Politik sein.

2. Das Leben schützen

Der Schutz des ungeborenen Lebens gehört zu den wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben der CDU. Die CDU steht dazu, daß das ungeborene Kind einen Rechtsanspruch auf Achtung seiner Menschenwürde und den besonderen Schutz seines Lebensrechts hat. Das Lebensrecht des Ungeborenen darf nur in Ausnahmefällen, nämlich in lebensbedrohenden oder vergleichbar schwerwiegenden Gefahrensituationen für die Schwangere, in Frage gestellt werden. Es ist eine wesentliche Aufgabe, in unserer Bevölkerung das Bewußtsein für die Wertvorstellungen unserer Verfassung zu schärfen und die Verantwortung aller für den Schutz des Lebens ungeborener Kinder deutlich zu machen. Dazu gehören auch die materiellen und immateriellen Hilfen, die die Landesregierung im Programm "Hilfe für werdende Mütter" gebündelt hat und die eine echte Hilfe für diese Frauen in Not- und Konfliktsituationen darstellen. Noch mehr als bisher gilt es, auf ein soziales Umfeld hinzuwirken, in dem sich jede Mutter zu ihrem Kind bekennen kann. Darüberhinaus wird die CDU Baden-Württemberg im Sinne des Beschlusses "Schutz des Lebens ungeborener Kinder" des 25. Landesparteitages auch auf Bundesebene entsprechende Initiativen weiterverfolgen.

Wir streben die rasche Schaffung von allgemeinen bundesgesetzlichen Regelungen für die Bereiche Fortpflanzungsmedizin und Humangenetik, die der Würde menschlichen Lebens, den Wertentscheidungen des Grundgesetzes und den christlichen Glaubensgrundsätzen entsprechen, an. Dabei fordern wir, daß für Wissenschaft, Forschung und Medizin klare und enge Grenzen für die Möglichkeiten des Handelns gezogen werden.

3. Politik für Frauen

Das wichtigste Ziel ihrer Politik für Frauen sieht die CDU in der gleichberechtigten Teilhabe der Frauen am gesellschaftlichen Leben.

Die CDU setzt sich vordringlich dafür ein, daß die Leistungen von Frauen in der Familie und bei der Erziehung der Kinder größere Wertschätzung und Anerkennung findet. Sie tritt außerdem für gleiche Chancen von Frauen in Beruf und im politischen Leben ein. Die CDU will eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf. Die Vereinbarung von beruflicher Arbeit und Familienaufgaben muß verbessert werden. Dazu gehört ein vermehrtes Angebot von flexiblen Arbeitszeiten, familienfreundlicherer Arbeitszeiten, flexiblere Öffnungszeiten von Kindergärten und öffentlichen Einrichtungen.

Die CDU will einen wirksamen Beitrag zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau leisten. Frauen sollen ihre eigenen Lebensziele verwirklichen können und Wahlfreiheit haben zwischen Familie und Beruf, aber auch partnerschaftliche Unterstützung und Hilfe bei der Vereinbarung von Berufs- und Familienleben erhalten. Baden-Württemberg muß Vorreiter bei der Weiterbildung für Frauen bleiben und landesweit Motivations-, Orientierungs- und Weiterbildungskurse anbieten, um Frauen nach der Erziehung ihrer Kinder den Wiedereinstieg in die Berufs- oder ehrenamtliche Tätigkeit ermöglichen zu können.

4. Benachteiligten helfen

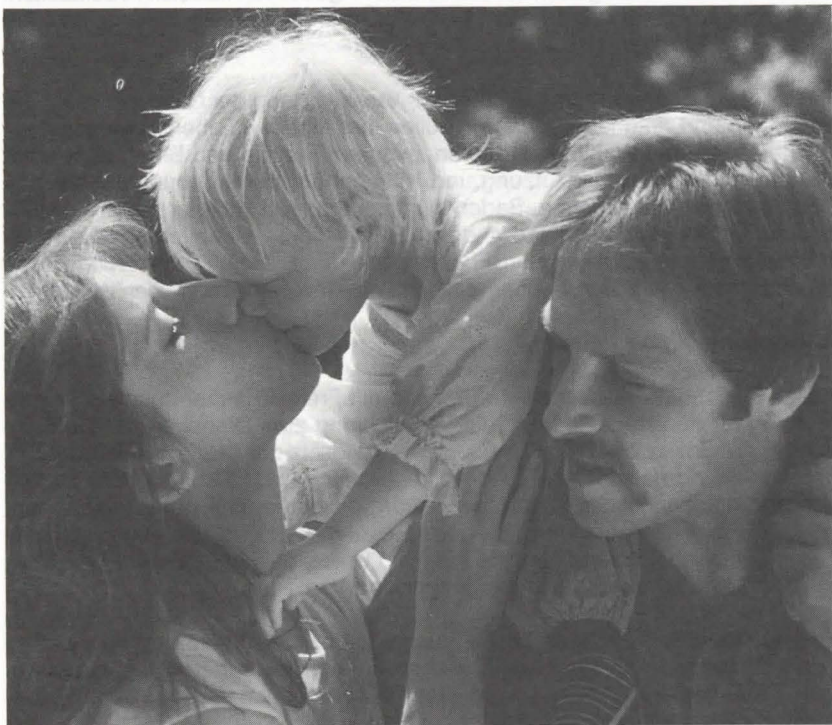
Politik aus christlicher Verantwortung begreift Freiheit immer auch als Verantwortung für den Nächsten und als Verpflichtung zum Dienst an der Gemeinschaft. Die Sozialpolitik der CDU ist dem Grundsatz der "Hilfe zur Selbsthilfe" verpflichtet und zielt darauf ab, Eigenverantwortung und Hilfsbereitschaft zu stärken. Partnerschaftliches Zusammenwirken von ehrenamtlichem Engagement und professioneller Hilfe bietet die beste Gewähr für geteilte Hilfen und wirkungsvolle Leistungen für die Bürger, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Dies heißt für uns auch Stärkung der freien Träger und Verbände.

Der Ausbau offener Hilfen, die Stärkung der Sozialstationen und der Ausbau von Nachbarschaftshilfen sind Möglichkeiten, behinderten und pflegebedürftigen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und eine bessere Eingliederung zu ermöglichen.

5. Prävention stärken

Die Zunahme von Zivilisationskrankheiten hat deutlich gemacht, daß Vorsorge und Prävention verstärkt werden müssen. Die CDU Baden-Württemberg fordert deshalb den Ausbau der Gesundheitserziehung und Aufklärung. In Kindergarten und Schule muß größeres Gewicht auf die Erziehung zu gesunder Lebensführung gelegt werden. Nur so kann die Eigenverantwortung und eigene Vorsorge des Bürgers gestärkt werden.

Eine der großen Herausforderungen der nächsten Jahre für unser Gesundheitswesen wird die Bekämpfung der erworbenen Immunschwäche Aids sein. Die CDU Baden-Württemberg vertritt nachdrücklich den von der Landesregierung eingeschlagenen Weg, der Seuche durch Aufklärung und Prävention zu begegnen, solange keine Therapiemöglichkeiten gefunden sind. Die CDU setzt auf die Vernunft des einzelnen und die Verantwortung jedes Menschen für sein eigenes Handeln. Das Beratungsangebot der Gesundheitsämter, das Angebot kostenloser und anonymer Tests und die Aufklärungskampagne in der Öffentlichkeit sind Maßnahmen, die es verstärkt fortzusetzen gilt.



VII. Solidarität der Generationen

1. Dialog und Miteinander der Generationen

In unserer Gemeinschaft kommen die unterschiedlichen Erfahrungen und Bedürfnisse der verschiedenen Generationen zusammen. Jede Generation steht in einer Mitverantwortung, ihren Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten. Die notwendigen Voraussetzungen muß die Politik schaffen. Die CDU Baden-Württemberg sieht in ihrer Familienpolitik einen wesentlichen Beitrag für eine Solidarität, die alle Generationen umfaßt.

Wir verfolgen eine Politik, die auf die Lebenssituation der einzelnen Generationen eingeht. Dies darf aber auf keinen Fall zu einem Auseinanderleben führen. Gerade aus der Begegnung der Generationen bezieht unserer Gemeinschaft die lebendige Spannung zu ihrer Weiterentwicklung.

2. Sicherheit und aktive Teilnahme der älteren Generation

Unsere Gesellschaft kann auf die Mitwirkung und Erfahrung der älteren Generation nicht verzichten. Bei einem weit nach vorne gerückten Ruhestandsalter sind viele unserer Mitbürger in der Lage, nach Beendigung ihrer Berufsarbeit wertvolle Fähigkeiten, Kenntnisse und Aktivitäten in die Gesellschaft einzubringen. Die CDU Baden-Württemberg setzt auf die Mitarbeit dieser Generation bei der Lösung unserer gesellschaftlichen Aufgaben. Hierfür bieten sich vor allem auch ehrenamtliche Tätigkeiten in vielfältigen Lebensbereichen an. Dazu sind die erforderlichen organisatorischen Voraussetzungen geschaffen. Insbesondere sind altersgerechte Angebote zur Weiterbildung, zu kreativer kultureller Entfaltung und sozialem Engagement auszubauen. Den Vereinen eröffnet sich beispielsweise im Seniorensport ein großes Betätigungsfeld. Die CDU Baden-Württemberg tritt in ihrer Seniorenpolitik für eine verstärkte Unterstützung freier und gemeinnütziger Verbände und von Selbsthilfeprojekten ein.

Die CDU Baden-Württemberg fordert, daß in der kommenden Legislaturperiode weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Lage Pflegebedürftiger, aber auch der Pflegenden ergriffen werden. Wo Pflege notwendig ist, muß sie unter Achtung der Würde und des Wunsches der Menschen nach persönlicher Zuwendung und individueller Betreuung geschehen. Mit ambulanten Hilfeleistungen und hauswirtschaftlichen Diensten helfen wir den Familien pflegebedürftige Angehörige so lange wie möglich in der häuslichen Gemeinschaft zu belassen. Wir werden das Netz offener Hilfen und teilstationärer Einrichtungen noch dichter knüpfen, um pflegende Familien wirksam entlasten zu können, dadurch zugleich aber auch den Zusammenhalt der Generationen in den Familien zu fördern.

Aufgrund der demographischen Entwicklung ist abzusehen, daß insbesondere die Zahl der über 80-jährigen in den nächsten Jahren zunehmen wird. Der Anteil der Pflegebedürftigkeit ist besonders bei dieser Altersgruppe hoch. Deshalb muß

der bedarfsgerechte Ausbau von Pflegeheimplätzen weiter vorangetrieben werden, um auch den Menschen einen würdigen Lebensabend zu ermöglichen, die nicht von ihrer Familie gepflegt werden können, sondern auf ein Pflegeheim angewiesen sind.

Wie wollen den älteren Menschen ein finanziell gesichertes Leben ermöglichen. Die höhere Lebenserwartung und der Geburtenrückgang werden in Zukunft mehr und mehr die Finanzierbarkeit unseres Alterssicherungssystems in den Mittelpunkt rücken. Die CDU wird diese Herausforderung annehmen.

Tagesalten- und Tagespflegeheimplätze sowie Kurzzeitpflegeplätze und Nachsorgeeinrichtungen stellen Möglichkeiten dar, ältere Menschen und ihre Familien zu unterstützen. Sie müssen in Zukunft noch mehr angeboten werden.

Die Absicherung der Pflege im Alter ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das es in Zukunft zu lösen gilt. Dabei ist besonderer Wert auf die **Stärkung der häuslichen Pflege** zu legen, um eine Heimunterbringung älterer und pflegebedürftiger Menschen zu verhindern. **Daneben sollten zur finanziellen Entlastung der Familien und zur Förderung der häuslichen Pflege steuerliche Anreize geschaffen werden.**

3. Chance und Zukunft für die junge Generation

Die CDU Baden-Württemberg sieht eine wichtige Aufgabe verantwortungsbewußter Politik darin, die **Zukunftschancen der jungen Generation** zu sichern. **Die Jugend soll zur Mitgestaltung unserer Gesellschaft geführt werden.** In der damit zuvorderst angesprochenen Bildungspolitik steht deshalb für die CDU immer der Erziehungsauftrag der Schulen im Mittelpunkt.

Ziel der Bildungspolitik der CDU für die 90-er Jahre bleibt es, jedem jungen Menschen den Bildungsgang zu ermöglichen, der seiner Begabung, seinen Fähigkeiten, Neigungen und Interessen am besten entspricht.

Die Politik der CDU in Baden-Württemberg hat in den vergangenen Jahren erfolgreich darauf abgezielt, das **eigenständige Profil der verschiedenen Schularten**, insbesondere der **Hauptschule** und der **gymnasialen Oberstufe**, stärker herauszuarbeiten.

Bildungspolitische Leitlinien und Forderungen der CDU Baden-Württemberg für die nächste Legislaturperiode sind:

- ein **Einstellungskorridor für Lehrer** an sämtlichen Schularten wird **offen gehalten**. Weitere Verbesserungen der Unterrichtssituation sind in den beruflichen Schulen und bei den Sonderschulen vorgesehen,
- die CDU wird dafür eintreten, daß **wohnaufnahe Grundschulen** dort wieder eröffnet oder neu eingerichtet werden, wo die Schülerzahlen es rechtfertigen und die Eltern und zuständige Gemeinden es wünschen,

- die CDU sieht in der **Hauptschule eine echte Alternative im schulischen Bildungsangebot**; sie wird sich daher für eine weitere Stärkung der Hauptschule einsetzen, damit diese auch in Zukunft ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag erfüllen kann,
- die CDU wird Wert darauf legen, daß unser Bildungssystem die junge Generation auf die Aufgaben und Erfordernisse der hochtechnisierten Industriegesellschaft vorbereitet. Wichtig ist dabei die gleichzeitige **Stärkung des musisch-kulturellen Bereiches**,
- **ausländische Kinder sollen weiterhin mit den gleichen Chancen Schulen besuchen können wie deutsche Kinder**,
- die **berufliche und allgemeine Weiterbildung**, d.h. der sogenannte vierte Bereich des Bildungswesens bekommen eine immer größere Bedeutung. Damit sind vorrangig freie Träger angesprochen. Die CDU drängt darauf, daß Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die **Weiterbildungseinrichtungen** im Wettbewerb untereinander ein **dem Bedarf entsprechendes, flächendeckendes, differenziertes Gesamtangebot** anbieten können,
- die CDU unterstützt die Einrichtung **neuer, zukunftsorientierter Studiengänge an Hochschulen und Berufsakademien**, die den Absolventen **gute Berufschancen** eröffnen; dabei müssen auch die **Geistes- und Sozialwissenschaften**, insbesondere im Hinblick auf die Abschätzung und Bewältigung der Folgen moderner Technologien gezielt ausgebaut werden,
- die CDU setzt sich für den **Abbau überlanger Studienzeiten** durch eine Studienreform mit dem Ziel einer **Entlastung der Studienpläne und Prüfungsinhalte** ein.

Die Politik der CDU in Baden-Württemberg setzt auf die **Bereitschaft der jungen Generation zum sozialen, politischen und kulturellen Engagement**. Neben der ideellen Förderung **ehrenamtlicher Tätigkeit junger Menschen** wird die CDU die **unverzichtbare Jugendarbeit** der freien Träger im Rahmen des seit 30 Jahren bewährten Landesjugendplans weiterhin materiell unterstützen. Die Jugendstiftung Baden-Württemberg werden wir so ausstatten, daß sie ihrer Aufgabenstellung, neue Wege in der Jugendarbeit im lokalen Bereich aufzuzeigen, zu initiieren und zu fördern in vollem Umfang gerecht werden kann.

Nur im Dialog mit der Jugend können die Politiker die Probleme erkennen, die der jungen Generation auf den Nägeln brennen. Zu diesem Gespräch ist die CDU immer bereit.

VIII. Kulturelle Vielfalt in einer humanen Gesellschaft

Eine menschlichen Grundwerten verpflichtete Politik kann sich nicht nur auf die Mehrung des materiellen Lebensstandards beschränken.

Deshalb hat die CDU Baden-Württemberg Kunst und Kultur zu einem zentralen Thema der Landespolitik gemacht. Die Beschäftigung mit der Heimatgeschichte, mit der Literatur, mit dem Theater und der Musik, die sportliche Aktivität und vieles andere erschließen in unserer Gesellschaft, in der der Zeiteanteil für die Erwerbsarbeit beim einzelnen abnimmt, Möglichkeiten der Selbstfindung.

Die CDU Baden-Württemberg hat einen umfassenden Kunst- und Kulturbegriff: sie ist offen für die Ausdrucksformen der Gegenwartskunst und sie unterstützt die kulturelle Vielfalt.

Wir bekennen uns zur **Freiheit und Unabhängigkeit** künstlerischen und kulturellen Schaffens und sehen die Aufgabe der Politik darin, durch geeignete Maßnahmen Kulturschaffenden und ihren Einrichtungen eine freie Tätigkeit zu ermöglichen. Eine Einflußnahme über die notwendige Förderung auf Inhalte lehnt die CDU Baden-Württemberg ab.

Kulturelle Vielfalt heißt für uns:

- neben staatlichen und kommunalen Kulturangeboten bejahen wir solche freien Träger und sind zur Unterstützung bereit,
- Spitzen- und Breitenförderung künstlerischer und kultureller Tätigkeit sind gleichrangig und ergänzen einander.

Unsere Politik soll dazu beitragen, daß möglichst viele Menschen einen **Zugang zu Kunst und Kultur** finden können. Mit der Einrichtung von **Jugendkunstschulen** nach dem Vorbild der erfolgreichen **Jugendmusikschulen**, der Durchführung landesweiter **Schulmusik- und theatertage** und zahlreichen anderen Aktivitäten beschreitet das Land programmatisch neue Wege, um gerade der **jungen Generation** frühzeitig den Zugang zu eigenen künstlerischen Ausdrucksformen zu ermöglichen. Jugendmusik- und Jugendkunstschulen sind in einem flächendeckenden Netz als kommunale Einrichtungen anzubieten.

Die CDU Baden-Württemberg vertritt nachdrücklich die Forderung nach einem **Kunst- und Kulturangebot**, das **dezentral** für **alle Bürger** die **Chancengleichheit** bei der Teilhabe schafft. **Kulturpolitik** ist in den letzten Jahren immer offensichtlicher zu einem wichtigen **Teil der Strukturpolitik** geworden. Wir tragen dem in unserer Förderpolitik Rechnung. Besonders bei der Versorgung im ländlichen Raum mit öffentlichen Bibliotheken gibt es noch Defizite abzubauen; wir halten an dem Ziel zwei Medieneinheiten pro Einwohner fest.

Die CDU Baden-Württemberg steht neuen Formen kultureller Arbeit in unserer Gemeinden, in **Künstlerhäusern**, **freien Kulturinitiativen** und **Werkstätten** offen gegenüber.

Zu einem offenen, lebendigen und pluralistischen Kulturgeschehen gehören in besonderer Weise die Vereine. **Die sportliche, soziale, musische und kulturelle Betätigung in einem Verein ist für uns ein Ausdruck unverzichtbaren bürgerschaftlichen Gemeinsinns. Die Förderung der Vereine ist deshalb seit jeher ein Schwerpunkt der Politik der CDU.** Mit der materiellen und immateriellen Unterstützung ehrenamtlicher Engagements erkennen wir die großen Leistungen vieler Bürger in diesem Bereich an und ermutigen junge Menschen, sich ebenfalls in Vereinen einzusetzen.

Die CDU Baden-Württemberg sagt eine verlässliche Förderung der Vereine zu. Über finanzielle Zuwendungen hinaus soll das ehrenamtliche Engagement in den Vereinen dadurch gefördert werden, daß die **komplizierten Vorschriften des geltenden Steuerrechts wesentlich vereinfacht** und dadurch **formale bürokratische Hemmnisse abgebaut** werden, welche die Vereinsverantwortlichen ganz erheblich belastet und von ihren eigentlichen Aufgaben abgehalten haben. Der Bundesrat hat auf Antrag des Landes bereits eine Entschließung gefaßt, mit der eine entsprechende Änderung des Steuerrechts gefordert wird. **Damit ist bereits ein wichtiger Schritt zu einem einfacheren Vereinssteuerrecht getan.**

Unverzichtbarer Bestandteil einer lebendigen Kultur ist der Sport. Eine großzügige und effiziente Förderung von **Spitzen- und Breitensport** gehört zu den Traditionen unseres Landes und zum Selbstverständnis unserer Politik. In partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der Sportselbstverwaltung konnte in den letzten Jahren viel erreicht werden, so daß **Baden-Württemberg in der Sportförderung eine Spitzenstellung** unter den Bundesländern einnimmt. Wir sind stolz auf die **internationalen Erfolge unserer Sportler** und sehen darin auch eine Bestätigung der **sportfreundlichen Politik in Baden-Württemberg.**

Der Sport, der meist in Vereinen ausgeübt wird, trägt sehr stark zum gemeinschaftlichen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft bei. **Die CDU Baden-Württemberg wird den Vereinen bei ihrer gesellschaftlichen Aufgabe öffentliche Hilfe zukommen lassen.**

IX. Baden-Württemberg will den Erhalt des inneren und des äußeren Friedens in unserem Land

1. Endlich Vermummungsverbot einführen

Die Zahl der gewalttätigen Demonstrationen, die bei den Ausschreitungen im November 1987 in Frankfurt ihren traurigen Höhepunkt mit der Ermordung zweier Polizisten erreichten, zeigt, daß die von Baden-Württemberg seit Jahren geforderten, strengeren Gesetze gegen gewalttätige Demonstranten unausweichlich sind. Es darf keine Rechtfertigung für unfriedliche Aktionen, Gewalt und Terror als Mittel der politischen Auseinandersetzung geben. Bürgerrechte und Bürgerfreiheit können sich nur in einem Klima der Gewaltfreiheit voll entfalten.

Die CDU Baden-Württemberg appelliert an alle gesellschaftlichen Kräfte, der Eskalation der Gewalt entgegenzutreten, und Gewalttäter, die unter der Tarnung von Demonstrationen kriminelle Handlungen begehen, zu isolieren.

Gerade um das Recht auf Demonstrationsfreiheit in vollem Umfang erhalten zu können ist es notwendig, die Teilnahme insbesondere von Gewalttätern, die darüberhinaus noch vermummt sind, von vornherein auszuschließen.

Die CDU Baden-Württemberg tritt deswegen dafür ein, daß das von uns schon lange geforderte Vermummungsverbot bei Demonstrationen endlich eingeführt und die Vermummung sowie auch die sogenannte passive Bewaffnung strafrechtlich verboten werden.

Nach Auffassung der CDU Baden-Württemberg muß darüberhinaus, um unfriedliche und gewalttätige Demonstrationen in Zukunft besser bekämpfen zu können, auch der Straftatbestand des Landfriedensbruchs ergänzt werden. Es soll künftig auch derjenige bestraft werden, der sich beim Ausbruch von Gewalttätigkeiten oder Bedrohungen nicht aus der Menschenmenge entfernt. Nur so kann verhindert werden, daß Gewalttäter ihre gewaltsamen Ausschreitungen nicht weiterhin aus der Deckung einer Menschenmenge begehen können.

Die von Richter zu Richter unterschiedliche strafrechtliche Beurteilung von Sitzblockaden erfordert eine eindeutige gesetzliche Regelung. Es sollte daher im Strafgesetzbuch ein Tatbestand geschaffen werden, welcher die Voraussetzungen und den Umfang der Strafbarkeit von Sitzblockaden regelt.

2. Kriminalität entschieden bekämpfen

Die CDU Baden-Württemberg fordert für die Zukunft eine Intensivierung der Verbrechensbekämpfung. Neben der Bekämpfung des Terrorismus gilt es vor allem verstärkt der international organisierten Kriminalität entgegenzuwirken. Die internationale polizeiliche Zusammenarbeit muß weiter ausgebaut werden, um so den international zusammenarbeitenden Verbrechern entsprechend entgegenzutreten zu können.

Wir wollen die Freiheit und Sicherheit unserer Bürger gewährleisten, deswegen tritt die CDU Baden-Württemberg für eine moderne Ausrüstung unserer Polizei und für einen Personalausbau der Polizei entsprechend der Sicherheitsplanung des Landes ein.

3. Auch in der Zukunft keine Verfassungsfeinde in den öffentlichen Dienst

Die Bekämpfung des Extremismus von rechts und links ist eine der Hauptziele unserer Politik der inneren Sicherheit. Die Gefahren, die von linksextremistischen Gruppen ausgehen ist ständig gegenwärtig. Auch der militante Rechtsextremismus hat sich formiert und wird immer gewalttätiger.

Es muß deswegen auch für die Zukunft ausgeschlossen sein, daß Extremisten von links und rechts ein Anrecht haben, Beamte zu werden.

Die CDU Baden-Württemberg hält an dem gemeinsamen Beschluß der Regierungschefs von Bund und Länder aus dem Jahre 1972 fest, nachdem Rechts- und Linksextremisten nicht Beamte werden können. Die CDU Baden-Württemberg bekennt sich damit zu der Idee einer wehrhaften Demokratie. Unser Staat soll nicht durch eine Bekämpfung von innen heraus das gleiche Schicksal erleiden wie die Weimarer Republik.

Die CDU Baden-Württemberg tritt mit Entschiedenheit auch all jenen Kräften entgegen, die durch eine Bagatellisierung und Verharmlosung dieser unsere Freiheit bedrohenden Kräften die freiheitliche Demokratie schwächt.

4. Asylrecht vor Mißbrauch schützen

Das Grundgesetz gewährt politisch, rassistisch oder religiös verfolgten Ausländern ein Asylrecht in der Bundesrepublik Deutschland. Die CDU Baden-Württemberg bekennt sich zu diesem im Grundgesetz garantierten Recht auf Asyl als wesentliches Merkmal unserer humanen Gesellschaftsordnung und unserer christlichen Verantwortung.

Die Bundesrepublik Deutschland hat aufgrund dieser Verpflichtung in den vergangenen 10 Jahren mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge, die in Europa Asyl beantragt haben, aufgenommen.

Die wirtschaftliche Not anderer Länder kann nicht über das Asylrecht gelindert oder gar behoben werden. **Dem Mißbrauch des Asylrechts aus wirtschaftlichen Gründen muß daher wirksam begegnet werden. Nur so kann das Grundrecht auf Asyl bewahrt werden.** Die CDU Baden-Württemberg unterstützt deshalb weiterhin alle Maßnahmen, die der Aushöhlung dieses wichtigen Grundrechts entgegenwirken.

Neben Überlegungen zur weiteren **Verbesserung und Beschleunigung des Asylverfahrens** befürwortet die CDU eine **einheitliche Regelung des Asylrechts innerhalb der europäischen Gemeinschaft**. Sie unterstützt auch die Bemühungen der Bundesregierung, Flüchtlinge möglichst in der Herkunftsregion, also im eigenen Kulturkreis, unterzubringen.

Die CDU setzt sich gleichzeitig weiterhin für eine bestmögliche **soziale Integration anerkannter Asylberechtigter** in unserem Lande ein.

5. Keine verfassungswidrigen Experimente beim Kommunalwahlrecht für Ausländer

Zu einer befriedigenden Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in unsere Gesellschaft gehört auch eine angemessene Beteiligung am politischen, besonders am kommunalpolitischen Leben. **Die CDU hat durch eine Änderung der baden-württembergischen Kommunalverfassung bereits seit langem einen weiten Gestaltungsspielraum für die Beteiligung von Ausländern speziell am kommunalen Geschehen geschaffen.** So können Ausländer beispielsweise zu einzelnen Beratungen des Gemeinderats und des Kreistages zugezogen oder als beratende Mitglieder in Ausschüsse dieser Gremien berufen werden. **Das Kommunalwahlrecht für Ausländer ist jedoch verfassungsrechtlich nicht möglich. Nach unserer Verfassung steht das Wahlrecht nur den Staatsbürgern zu.**

Integration läßt sich nicht verordnen oder gar per Wahlrecht deklarieren. Sie ist ein stufenweiser Prozeß, zu dem beide Seiten - Ausländer und Deutsche - beitragen müssen. **Das Wahlrecht kann daher die Integration nicht ersetzen, sondern setzt sie voraus.** Das Wahlrecht ist kein Instrument der Integration, sondern das Ergebnis und der Schlußstein des Integrationsprozesses. Dabei ist auch eine stufenweise Fortentwicklung des ausländerrechtlichen Status, die dem jeweiligen Stand der Integration Rechnung trägt, anzustreben, um so den ausländischen Mitbürgern eine langfristige Perspektive zu eröffnen, auf die sie ihre Integrationsbemühungen ausrichten können. **Die Reihenfolge kann daher nur lauten: Integration - Staatsbürgerschaft - Wahlrecht.** Allen anderen Forderungen erteilt die CDU eine Absage.

6. Wir wissen um die Leistung der Vertriebenen

Die Vertriebenen haben zum Erfolg des Landes in hervorragender Weise beigetragen. Sie haben nicht nur zu seiner wirtschaftlichen Leistungskraft beigetragen, sondern auch mit ihrem lebendigen Heimateerbe ihren Beitrag zur Gestaltung

und zur Stärkung unseres Landes geleistet. **Wir unterstützen die Anliegen der Vertriebenen und Flüchtlinge zur Pflege und Entfaltung des kulturellen und wissenschaftlichen Heimaterbes.** Mehr als in jeder anderen Partei finden die Vertriebenen und Flüchtlinge bei der CDU politisches Gehör. Nur die CDU gewährleistet auch in der Zukunft, daß die Anliegen der Vertriebenen durch die Maßnahmen zum Ausgleich ihrer Benachteiligungen und zur Förderung ihrer Kulturarbeit fortgeführt werden. Unsere Verfassung bekennt sich zum Recht auf die Heimat. **Die CDU setzt sich auch weiterhin auf allen politischen Ebenen für die grundgesetzliche Verpflichtung ein, die Interessen des ganzen deutschen Volkes wahr zu nehmen.**

7. Wir werden unserer Verpflichtung gegenüber Spätaussiedlern gerecht

1987 ist die Zahl unserer Landsleute, denen die Ausreise insbesondere aus der Sowjetunion, Polen und Rumänien nach der Bundesrepublik Deutschland erlaubt wurde, erheblich gestiegen. 1987 beläuft sich die Aufnahme von Aussiedlern aus Ostblockstaaten und Zuwanderern aus der DDR allein in Baden-Württemberg auf ca. 17.000 Menschen.

Wir bekennen uns zu der Solidarität mit unseren Landsleuten, die jahrzehntelang unter einer kommunistischen Herrschaft leben und häufig als Deutsche Nachteile hinnehmen mußten.

Solidarität bedeutet hier konkret, daß sich die CDU Baden-Württemberg auch weiterhin für **Verbesserungen bei der Sprachförderung**, bei der schulischen und beruflichen Förderung jugendlicher Spätaussiedler, kurz bei der **Integration unserer Landsleute** in diese Gesellschaft einsetzen wird. Die Politik der CDU wird weiterhin daran ausgerichtet sein, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit **Baden-Württemberg diesen Menschen wirklich zur Heimat wird.**

8. Auch weiterhin für eine Welt mit weniger Waffen

Baden-Württemberg ist unsere Heimat, die wir lieben. Unser ganzes Bestreben ist auf die Gestaltung eines freien, friedlichen und sinnerfüllten Lebens in der Gegenwart auf die Sicherung einer glücklichen Zukunft für unser Land und seine Menschen gerichtet.

Wir wollen den Frieden überall in der Welt. Deshalb begrüßen wir die Verhandlungen zur Rüstungskontrolle und zur Abrüstung auf allen internationalen Foren. Wir setzen uns für den Ausbau vertrauensbildender Maßnahmen ein und sind bereit, im Rahmen wissenschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen aktiv daran mitzuwirken. Ungeachtet der fortbestehenden fundamentalen gesellschaftspolitischen Unterschiede, die wir weder verschweigen noch verschleiern, wollen wir den konstruktiven Dialog mit unseren östlichen Nachbarn fortsetzen, verstärken und durch beiderseitige konkrete Zeichen des guten Willens vertiefen. Ein Ansatz dazu könnten unter bestimmten Umständen Städtepartnerschaften sein.

Mit der Unterzeichnung des Vertrags über die weltweite Beseitigung der Mittelstreckenwaffen (INF-Abkommen) im Dezember 1987 ist zum ersten Mal seit Kriegsende die Möglichkeit einer wirksamen Rüstungsbegrenzung eröffnet worden.

Das INF-Abkommen ist auch auf die Standhaftigkeit und konsequente Politik der CDU bei der Umsetzung des Natodoppelbeschlusses, den Nachweis bündnispolitischer Verlässlichkeit und die Funktionsfähigkeit der westlichen Allianz zurückzuführen. Wir erwarten, daß dies der Auftakt für weitere erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen ist, um zu einem Gleichgewicht auf niedrigstem Niveau zu kommen.

Wir wollen Freiheit und Demokratie und die Achtung der Menschenrechte überall in der Welt. Deshalb ordnen wir uns in das freiheitliche Wertesystem des Westens ein. Wir wissen, daß unsere eigene Freiheit in Frieden nur Bestand hat, wenn die Bundesrepublik Deutschland ein verlässlicher Partner in der Atlantischen Allianz und an der Seite unserer Verbündeten bleibt. Wir bestehen weiterhin auf das freie Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes entsprechend seinem unveräußerlichen Recht im Sinne der Präambel des Grundgesetzes und treten für das freie Zusammenleben unseres ganzen deutschen Volkes ein.

X. Unser Erfolg ist das Vertrauen der Bürger

Die CDU Baden-Württemberg ist die Partei des Friedens und der Freiheit. Sie ist die Partei, in der Selbstentfaltung und solidarische Zuwendung, Leistung und Mitmenschlichkeit, Weltoffenheit und Geborgenheit gleich wichtig sind. Wir bauen die Zukunft auf der Grundlage von Partnerschaft, Wertebewußtsein und Toleranz. Wir wenden uns mit aller Kraft gegen Tendenzen eines neuen Klassenkampfes, gegen die zerstörerischen Einflüsse von Neid, Mißgunst und Intoleranz. Wir sind und bleiben die große liberale und soziale Volkspartei, die sich zu den christlichen Grundwerten bekennt, und die in Baden-Württemberg für alle Bürger unseres Landes tätig ist.

Der Erfolg unserer Arbeit ist das Vertrauen unserer Bürger. "In der Liebe zu Volk und Heimat", wie es in der Landesverfassung heißt, werden wir weiterhin mit langfristigen Konzepten, konkreten Maßnahmen und einer bürgernahen Politik zum Wohle unseres Landes arbeiten.

Dies ist die verlässliche Politik, mit der die Zukunft unserer liebenswerten Heimat gesichert bleibt.

XI. Aufruf

Wir in Baden-Württemberg haben unser Land in den zurückliegenden Jahren an die Spitze aller Bundesländer gebracht. Heute haben wir in Baden-Württemberg die **geringste Arbeitslosigkeit**, die **höchsten Pro-Kopf-Einkommen**, einen **beispielhaften sozialen Standard** und die **solidesten Finanzen** in der Bundesrepublik Deutschland. Diese großen Erfolge haben sich nicht von selbst eingestellt.

Sie sind von den Baden-Württembergern durch **Leistungsbereitschaft, Können und Bürgersinn** erarbeitet worden. Diese eindrucksvolle Bilanz belegt aber auch, daß wir, die **CDU Baden-Württemberg**, in den vergangenen Jahren als **bestimmende politische Kraft** in Baden-Württemberg **gute Arbeit** geleistet haben. Darin sehen wir unsere wichtigste Legitimation gegenüber den Bürgern.

In den kommenden Jahren wollen wir dafür sorgen, daß unser **Land an der Spitze bleibt**, daß seine **wirtschaftliche Dynamik** und **soziale Stabilität** erhalten und die **Kontinuität unseres "Erfolgsmodells Baden-Württemberg"** gewahrt bleibt. Nur die CDU kann diese Aufgabe in den vor uns liegenden, schwieriger werdenden Zeiten bewältigen:

Die SPD hat in keinem zentralen Aufgabenfeld der Politik die Fähigkeit und Kompetenz zur Problemlösung aufzuweisen. Weder für die Sicherung und Erhaltung der Arbeitsplätze noch für die Bewältigung der ökologischen Herausforderungen hat sie überzeugende Rezepte anzubieten.

Die FDP in Baden-Württemberg hat sich endgültig als Pöstchenjäger-Partei entlarvt, welche die taktischen Anweisungen ihrer Bonner Parteizentrale höherhält als unsere baden-württembergischen Interessen. Regierungssämter betrachtet sie offensichtlich als Selbstbedienungsladen.

Die Grünen zerfleischen sich gegenseitig in immer neuen Flügelkämpfen. Sie stecken in einer tiefen Krise, die sie unfähig macht, zur Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben konstruktiv beizutragen.

Allein die CDU Baden-Württembergs ist in der Lage, unserem Land eine zukunftsweisende Perspektive aufzuweisen! Wir haben ein klares und solides Programm und wir haben mit Lothar Späth den richtigen Mann an der Spitze.

Vermeiden wir im Interesse Baden-Württembergs eine Koalition in der Landespolitik! Mit einer Regierung der CDU ist die Verantwortung eindeutig zugeordnet: Wir stehen beim Bürger im Wort, lassen uns an der politischen Entwicklung messen und niemand kann sich bei Mißerfolgen hinter dem Koalitionspartner verstecken. An Koalitionsregierungen in Bonn und anderen Bundesländern wird deutlich, daß oftmals unterschiedliche Interessen gute Ergebnisse schwer möglich machen und gefundene Kompromisse dem Bürger schlecht vermittelt werden.

Koalitionen jeglicher Art bringen unser Land und seine Bürger nicht weiter: Wir lehnen sie deswegen mit aller Entschiedenheit ab!
Wir wollen keine Regierung mit der SPD und beteiligen uns nicht an entsprechenden Gerüchten.
Wir wollen keine Regierung mit der FDP und lehnen durchsichtige Angebote dieser Partei eindeutig ab.

Die Identität unseres Landes wird am besten durch die Erneuerung des Regierungsauftrages an die CDU gewahrt. Koalitionen können die Politik für unser Land nicht verbessern, sondern nur verwässern.

Deshalb bitten wir die Bürger unseres Landes, mit Ihrer Stimme dafür zu sorgen, daß Ministerpräsident Lothar Späth im Interesse unseres Landes seine erfolgreiche Politik auch in den kommenden Jahren konsequent fortführen kann. **In 16 Jahren alleiniger Regierungsverantwortung hat die CDU Baden-Württemberg bewiesen, daß sie stets verantwortungsbewußt und unter strikter Beachtung des Gemeinwohls das ihr von den Bürgern anvertraute Mandat ausgeübt hat. Dafür stehen wir auch in Zukunft ein. Unser Land braucht die Fortsetzung der klaren, gradlinigen und erfolgreichen Politik von Lothar Späth.**

Unser Land in guter Hand.

DESHALB BITTEN WIR SIE:

**Geben Sie am 20. März 1988 der
CDU Baden-Württemberg Ihre Stimme.**

